

Der Sozialstaat in Deutschland ist in den letzten drei Jahrzehnten ins Gerede gekommen. Von der zentralen Agentur des sozialen Ausgleichs wird er inzwischen sogar zum verlängerten Arm des neoliberalen Kapitalismus herabgestuft. Dies ungeachtet der Erfahrung, dass er in den globalen Stürmen der 2010er-Finanzkrisen als gesellschaftliche Barriere gehalten hat. Dabei zeigt sich, dass eine nur auf den Sozialstaat fixierte Kritik der Sozialpolitik nicht weiterhilft, eher in eine Sackgasse führt, wenn es um die Diskussion der Zukunft des Sozialen geht. Man muss vielmehr das hinter der institutionellen Fassade des Sozialstaats liegende *Sozialpolitische Prinzip* erkennen, von dem die eigentliche Wirkung und Kraft des Sozialen auch in der Gesellschaft der Zweiten Moderne ausgeht. Dabei wird die Hintergrundstruktur gegenseitiger Abhängigkeiten nicht nur im Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital, sondern umfassender im Verhältnis von Mensch, Ökonomie und Ökologie sichtbar, aus der heraus das Soziale immer wieder freigesetzt wird. Wenn wir dabei auf das Konzept und die Praxis der Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft besonders eingehen, ist das nicht nur dem Umstand geschuldet, dass sich das sozialpolitische Spannungsfeld inzwischen zivilgesellschaftlich erweitert hat. Vor allem lässt sich die Bedeutung des Sozialpolitischen Prinzips in diesem Spannungsfeld neu akzentuieren. Gleichzeitig wollen wir zeigen, dass das Sozialpolitische Prinzip auch andere Gesellschafts- und Lebensbereiche durchwirkt und deshalb der sozialpolitische Diskurs entsprechend breiter gefasst werden muss.

Teil I: Das Sozialpolitische Prinzip

Die Entwicklung des modernen Kapitalismus in Deutschland war und ist bis heute von ökonomischen Krisen und sozialen Konflikten durchsetzt, in denen er sich immer wieder sozial öffnen musste. Ausdruck dieser sozialen Öffnung des Kapitalismus – der dabei sein asoziales Wesen grundsätzlich nicht verändert hat – ist die moderne Sozialpolitik. Diese hat zwar im Sozialstaat westeuropäischer Prägung ihre institutionelle Form gefunden, ihre historische Substanz liegt aber im Spannungsfeld des Sozialpolitischen Prinzips. Je stärker heute der Sozialstaat dem Druck der Globalisierung ausgesetzt ist und in den Sog der Ökonomisierung gerät, desto dringlicher ist es unseres Erachtens, dieses Sozialpolitische Prinzip wieder aufzuschließen und in das Zentrum des sozialpolitischen Diskurses zu bringen. Dabei wird sich zeigen, dass damit nicht nur der nationalgesellschaftliche, sondern auch der transnationale Diskurs zur Sozialpolitik strukturiert werden kann.

EDUARD HEIMANN: DIE VERWIRKLICHUNG DER SOZIALEN IDEE IM UND GEGEN DEN KAPITALISMUS

»Sozialpolitik ist der institutionelle Niederschlag der sozialen Idee im Kapitalismus [...] Sozialpolitik ist eine Summe von Maßregeln zum Schutz und zur Förderung des arbeitenden Menschen, den die Güterordnung als eine Sache unter Sachen behandelt. [...] Sozialpolitik ist Abbau der Herrschaft zugunsten der Beherrschten. Sozialpolitik ist also der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung; es ist die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus. In der Doppelstellung der Sozialpolitik als Fremdkörper und zugleich als Bestandteil im kapitalistischen System liegt ihre eigentümliche Bedeutung; darin ihre Dynamik, darin ihre dialektische Paradoxie und theoretische Problematik, welche schon als solche für ein undialektisches Denken unerkennbar ist. Das undialektische Denken bricht hier, wie stets, das dialektisch Zusammengehörige auseinander und wirft von der einen Seite her der Sozialpolitik vor, sie zerstöre von innen her das kapitalistische System, das doch

erhalten bleiben müsste, sie sei ein Gift, welches ausgestoßen werden müsse; während von der anderen Seite her geklagt wird, dass die Sozialpolitik innerhalb des Kapitalismus, also unter Bewahrung des Kapitalismus, dasjenige kümmerlich zu leisten versuche, das nur auf seinen Trümmern voll geleistet werden könne.« (Heimann 1929: 118)

Dass das Ökonomische und das Soziale trotz ihrer unüberbrückbaren Widersprüchlichkeit historisch so zusammenspielen konnten und mussten, liegt nach Eduard Heimanns dialektischem Verständnis von Sozialpolitik vor allem darin begründet, dass der Kapitalismus auf den Einbau des Sozialen angewiesen war, wollte er historisch überleben, sein immanentes Ziel der Wachstums- und Profitsteigerung weiter verfolgen und sich zu diesem Zwecke modernisieren. Und umgekehrt konnte sich das Soziale über die Produktiv- und Wachstumskräfte des Kapitalismus in der gesellschaftlichen Gegenwart – ohne Vertröstung auf eine radikale Utopie – entfalten und zum gesellschaftlichen Strukturprinzip werden. In der Vergesellschaftung der sozialen Idee im entwickelten Kapitalismus wurden erst die materiellen Voraussetzungen für eine technisch-ökonomisch moderne und nach Demokratisierung drängende Industriegesellschaft geschaffen. Die Sozialpolitik ist zugleich Resultante und Antrieb dieses dialektischen Zusammenspiels. Sozialpolitik ist somit nicht nur eine institutionelle Form (›Teilpolitik‹), sondern Strukturprinzip der industriekapitalistischen Moderne. Diesen dialektischen Zusammenhang fassen wir in den Begriff des »Sozialpolitischen Prinzips«.

Wenn wir von diesem abstrahierenden Modell auf die historische Wirklichkeit der Industrialisierung und Entwicklung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert in Deutschland rekurrieren – darauf bezieht sich ja Heimanns Modell –, können wir unschwer die Linienführung hin zu dieser Dialektik erkennen. Zentral an Heimanns Modell ist, dass er die Modernisierung des Kapitalismus hin zum sozial begrenzten Kapitalismus als strukturelle Gleichzeitigkeit von ökonomischer Notwendigkeit und sozialem Gestaltungswillen des Menschen erkannt hat. Mit der raschen und breiten Einführung technischer Neuerungen in der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts konnte die Produktivität nur wachsen, wenn auch die damit verbundenen qualitativ neuen Arbeitsanforderungen von den Arbeitern erfüllt wurden. Die neuen Produktionsabläufe und -strukturen erforderten eine entsprechend neue Arbeitsorganisation in den Fabriken, aber auch veränderte Lebensformen außerhalb der Betriebe: Ausbildung und Qualifikation, höhere Regenerationsanforderungen und damit kürzere Arbeitszeiten und verlässliche soziale Sicherung. Dies gab den Proletariern wieder Raum und Ressourcen, über die einfache Reproduktion der Arbeitskraft hinaus zu einer erweiterten Reproduktion zu kommen und als nun qualifizierte und sich mit ihrer Arbeit identifizierende ›Arbeiter‹ im sozial verbesserten Kapitalismus auch ihre Lebensgrundlage zu sehen: Betriebsidentitäten entstanden, und die Arbeiterbewegung – obwohl sie ja den Kapitalismus weiter be-

kämpfen musste – konnte sich in der Alltags- und Lebenspraxis in ihm einrichten und mit ihm entwickeln, da er sich ja nun sozial verändert hatte. Heimann fasst diese Zusammenhänge in ihrer strukturellen Logik wie folgt zusammen:

»Die soziale Idee entspringt aus dem wirtschaftlich-sozialen Boden des Kapitalismus [der Kapitalismus bringt den Arbeiter hervor, d. A.], sie nimmt in der sozialen Bewegung Gestalt an und setzt sich mit wirtschaftlich-sozialen Mitteln [Forderungen, in denen ökonomische Notwendigkeiten und soziale Ansprüche konvergieren, d. A.] im Kapitalismus und gegen den Kapitalismus durch. Weil sie auf dem Boden des Kapitalismus entspringt und wächst, weil sie also durch ihre bloße Existenz im Kapitalismus steht. Darum kann sie ihre wachsenden Forderungen in wachsendem Maße durchsetzen. [...] Was man auf diese Weise bewahrt, das ist nicht der Kapitalismus; es ist fortschreitend weniger Kapitalismus, je öfter der Vorgang sich wiederholt. Denn aus dem willkürlichen Herrschaftsbereich des freien Kapitals – und das ist doch der Kapitalismus – holt die Sozialpolitik die Menschen heraus und setzt sie in ihren eigenen Freiheits- und Machtbereich ein; da das aber nicht außerhalb der bisher vom Kapitalismus geordneten Wirtschafts- und Sozialwelt geschieht, so bestätigt sich die Sozialpolitik als ein Einbruch in den Kapitalismus.« (Heimann 1929: 121f.)

Die *soziale Idee* speist sich in diesem Zusammenhang aus zwei Quellen. Zum einen aus der gemeinschaftlichen Erfahrung der Ausbeutung der Arbeiter durch die kapitalistische Wirtschaft und aus der zunehmenden Erkenntnis der Angewiesenheit des Kapitalismus auf das Arbeitsvermögen der Menschen. Dies ist wiederum eine *gemeinschaftliche* Erkenntnis.

»Die soziale Idee geht in ihren grundlegenden Sätzen von der dem Kapitalismus eigentümlichen Erniedrigung des Arbeiters aus; sie ruft seine rechtliche Freiheit auf [...], damit er die volle und wirkliche Freiheit erkämpfe; die Freiheit zur Ordnung des Arbeitslebens nach den eigenen Wertvorstellungen und unter der eigenen Verantwortung des arbeitenden Menschen. Die soziale Idee lehrt den Arbeiter, daß niemand die Freiheit für ihn erkämpft, wenn er es nicht selbst tut.« (Ebd.: 111)

Die zweite Quelle der sozialen Idee, mit der ersten verbunden und diese strukturierend, ist zum anderen die zunehmende Bildung des Arbeiters im Prozess der Modernisierung der Wirtschaft. Der Kapitalismus ist ja – wie beschrieben – im Prozess seiner Modernisierung (im Sinne der Verbesserung der Verwertungsbedingung des Kapitals und damit der Profitsteigerung) auf die Entwicklung und Qualifizierung des Humankapitals angewiesen. Dies ist wiederum nur als soziale Erweiterung möglich: Es sind die Menschen und nicht nur ihre abrufbaren funktionalen Fähigkeiten, die sich entwickeln und erweitern müssen, um in die neuen Arbeitsanforderungen hineinwachsen zu können. Damit kommt das erweiterte Humane über die soziale Idee notwendig in den Kapitalismus

lismus hinein und entfaltet – auch abseits der reinen ökonomischen Funktion – seine soziale und politische Eigenkraft im Resultat des Sozialpolitischen.

Heimann beschreibt dabei nur das dialektische Strukturprinzip der Sozialpolitik, hat aber keine eigene Staatstheorie. Er war genossenschaftlich orientiert, dachte das Sozialpolitische Prinzip von den sozialen und genossenschaftlichen Bewegungen her, aus der Selbsthilfe heraus verwirklicht, und billigte dem Staat nur Selbsthilfe fördernde und gewährleistende sozialpolitische Funktionen zu. Dass er dem Staat so distanziert gegenüberstand und das Sozialpolitische Prinzip vor allem im genossenschaftlichen Handeln verwirklicht wissen wollte, hängt mit seinem Menschenbild und mit dem sozialpolitischen Gestaltungswillen, der seiner Theorie implizit ist, zusammen. Der Staat – so sagt er an anderer Stelle – fragmentiert den ganzheitlichen Menschen, indem er ihm die Selbsthilfekräfte entzieht. Dies ist eine Kritik, die immer wieder aus ganz unterschiedlichen Interpretationsperspektiven bis heute in der Sozialstaatsdiskussion auftaucht. Das Sozialpolitische Prinzip ist für Heimann kein institutionelles Prinzip, sondern ein historisches Struktur- und Gestaltungsprinzip der wechselseitigen Einwirkung von Struktur und Handeln, aus dem die Menschen die Kraft für den Umbau der Gesellschaft schöpfen können. Daran kann heute durchaus wieder angeknüpft werden:

»Auch in Deutschland gehen nicht alle sozialpolitischen Lösungen aus dem Staat [...] hervor, sondern Strukturen von Zünften, Arbeitervereinen, ländlichen Gemeinschaften und Familienbanden bilden noch heute die grundlegenden Schichten gesellschaftlicher Organisation. In weniger intensiv vom Kapitalismus transformierten Gesellschaften sind diese Strukturen noch präsenter. Sie beinhalten allesamt sozialpolitische Lösungen, von denen man etwas lernen kann. In der Zeit der Globalisierung muss die Vielfalt lokaler und nationaler Modelle von Sozialpolitik [...] zu den jeweiligen sozialen Strukturen erklärend in Relation gesetzt werden.« (Rehbein 2012: 115)

In Deutschland war und ist das Sozialpolitische Prinzip aber im Sozialstaat vermittelt: Der Staat schaffte nicht nur die verallgemeinerten Bedingungen für die Modernisierung des Kapitalismus (gesetzliche Verpflichtung der Einzelkapitalien auf allgemeine Wettbewerbs- und Arbeitsschutzregeln, Institutionalisierung von Bildung, Ausbildung und sozialer Sicherung, infrastrukturelle Ermöglichung von offenen Märkten und von Mobilität), sondern dominierte von Anfang an vor allem auch in seiner sozialintegrativen Funktion. Insofern war es gerade in Deutschland nicht verwunderlich, dass sich die sozialpolitische Dialektik auf den Staat zubewegte. Die Dominanz des Staates fiel mit der in der sozialpolitischen Dialektik freigesetzten Notwendigkeit gesellschaftlicher Regulation zusammen. Die in diesem sozialpolitischen Zusammenspiel wirkenden Gruppen – hier die Kapitalfraktionen, dort die Arbeiterbewegung – versuchten schon im Verlauf der Geschichte des deutschen Kaiserreichs

auch zunehmend Einfluss auf den Staat zu gewinnen und umgekehrt. Deshalb müssen wir die Heimannsche Dyade von Arbeit und Kapital zum Dreieck von Arbeit, Kapital und Staat erweitern. In diesem Dreieck waren es – eben unter dem Einfluss dieser zunehmenden staatlichen Regulation – nicht mehr die Einzelunternehmen und betrieblichen Arbeitergruppen, welche sich gegenüberstanden, sondern Parteien, Gewerkschaften, Industrieverbände, welche den Grundkonflikt mediatisierten und sich zunehmend als institutionelle und politische Konfliktgegner etablierten. Als dann mit der Weimarer Republik der Staat demokratisch und damit allgemein legitimationsabhängig wurde, richtete sich das sozialökonomische Kräftespiel noch mehr am Sozialstaat aus. Die Massenarbeitslosigkeit der ausgehenden 1920er Jahre wurde dann dem Staat und nicht so sehr dem Kapital angelastet – und dieses Phänomen können wir auch heute wieder beobachten. Insofern ist das Prinzip Sozialpolitik bei uns in besonderer Weise staatlich mediatisiert.

Theoretisch hat Heimann unseres Erachtens bis heute den Grundstein für eine Theorie des Sozialen im Kontext kapitalistischer Vergesellschaftung gelegt, die wir für die weitere Argumentation wie folgt strukturieren können: Der Grundwiderspruch zwischen menschlicher Arbeit und Kapital, zwischen der in diesem Widerspruch freigesetzten sozialen Idee und der kapitalistischen Ökonomie bringt gegenläufige Interessen und damit soziale Konflikte hervor, die aber nicht zu einem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems führen, sondern einen dialektischen Verlauf nehmen. Es kommt zu Sozialkompromissen, die sich aus der Hintergrundstruktur der gegenseitigen Angewiesenheit von Kapital und Arbeit im Prozess der Modernisierung erklären lassen. Diesen dialektischen Prozess und sein Resultat fassen wir in den Begriff des Sozialpolitischen Prinzips, die Erkenntnis des Aufeinander-Angewiesenseins von Ökonomischem und Sozialem gilt dabei als sozialpolitische Hypothese. Zentral ist in diesem Zusammenhang die Kategorie des Konflikts (s. u.). Erst im sozialen Konflikt werden die Möglichkeiten der Menschen, aber auch die Grenzen der Ökonomie sichtbar. Das Sozialpolitische Prinzip wird damit zum Bewegungsmoment der industriegesellschaftlichen Entwicklung in der Moderne.

VOM ARBEITER ZUM KONSUMENTEN

Der Grundkonflikt zwischen Kapitalismus und sozialer Idee sollte im Modell des fordistischen Industriekapitalismus gleichsam ausgehebelt werden. Der Arbeiter wird über die neue Rolle des Konsumenten in die Sphäre des Kapitals hineingezogen. Das gegenseitige Angewiesensein wird über den Markt definiert, der allein durch die innere kapitalistische Logik strukturiert ist. Somit ist dem Sozialen die Dialektik abhandengekommen, es verbleibt in der Dispositionsmacht der kapitalistischen Unternehmen.

Dass der Begriff des »Fordismus« in der Politökonomie zum Oberbegriff für die Kennzeichnung einer epochalen Gesellschaftsformation des 20. Jahrhunderts werden konnte, hängt wohl mit dem ganzheitlichen Anspruch und der vergesellschaftenden Wirkung der Fordschen Ideen und ihrer damals schon weltweiten Anwendung zusammen. In diesem Sinne wurden sie eben nicht nur als ökonomisch-technische Neuerungen, sondern als »gesellschaftliche Revolution«, als Überwindung der Klassengesellschaft – nun nicht mehr durch den Kommunismus, sondern durch einen erneuerten (Konsum-)Kapitalismus selbst – gepriesen. Diese ideologisch-epochale Wirkung verdankt das eher pragmatisch und rezepturhaft aufgebaute Gedankengebäude Henry Fords neben seiner demonstrativen praktischen Wirkung *drei Schlüsselideen*, welche die traditionelle antikapitalistische Kritik der sozialistischen Bewegungen auszuhebeln schienen:

- der Idee der Transformation der Arbeiteridentität in eine Konsumentenidentität;
- der Entdämonisierung des Kapitalismus durch die Trennung von »gutem«, gesellschaftsverantwortlichem Unternehmerkapital und »schlechtem«, profitenzentriertem und international vagabundierendem Finanzkapital;
- dem Versuch der Exklusion der Gewerkschaften aus dem fordistischen Produktions- und Konsumtionsprozess mit der Begründung, dass sie nicht nur dessen ökonomische Rationalität, sondern vor allem auch seine konsumtive Effizienz gefährdeten und daher den Arbeitern nur schadeten.

Die Transformation des Arbeiters zum Konsumenten ist wohl das Kernstück des Fordschen Wirtschafts- und Wohlfahrtspragmatismus: »Der Arbeiter ist mehr Käufer als Verkäufer. Der Punkt, von dem aus man das Rad ins Rollen bringen muss, ist der Kauf. Macht es dem einfachen Volke leicht, sich Dinge zu kaufen. Das schafft Arbeit. Das schafft Löhne. Das schafft Überschuss für Ausdehnung und größere Dienstleistung.« (Ford 1926: 21)

Damit stellt das Fordsche Modell den Versuch dar, das Sozialpolitische Prinzip dadurch auszuhebeln, dass der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit gelehnet, das Verhältnis gleichsam in eine Interesseneinheit umgewandelt und die Struktur der gegenseitigen Angewiesenheit neu konstruiert, in die Kapitalseite eingebettet wird. Damit ist eine Interesseneinheit Produzent/Konsument behauptet und die gegenseitige Angewiesenheit nicht im sozialen Konfliktverhältnis, sondern als interne Marktkonstellation gedeutet.

Der Arbeiter wird nicht mehr durch die Überwindung des kapitalistischen Systems befreit wie in der marxistischen Variante oder über die soziale Durchdringung des Kapitalismus und seine schrittweise Veränderung wie im so-

zialdemokratischen Ansatz Heimanns, sondern über die konsumtive Öffnung des Kapitalismus aus sich selbst heraus. Er wird aus der proletarischen Enge in den Konsumentenstand ›gehoben‹. Die soziale Idee von der Befreiung des Menschen mutiert so zur Idee des Lebensstandards, der Freiheit im und zum Konsum. Das Produkt wird zur sozialen ›Dienstleistung‹ erklärt, weil es den Lebensstandard sichert. Lohn und Profit dienen danach gleichermaßen der ständigen technologischen Verbesserung der Konsumgüter. Der Widerspruch von Arbeit und Kapital soll sich in der Teilhabe am Konsum auflösen können. In der Teilhabe am Konsum symbolisiert sich auch die subjektive Teilhabe des Arbeiters am industriellen Prozess. Mit dieser Wendung zum Konsum ist die Balance des Heimannschen Modells grundlegend gefährdet. Die industrielle Entwicklung hat durch die technisch-rationale Innovationen eine neue historische Qualität erhalten: Das technologisch gegenüber der Arbeit unabhängiger und damit dominanter gewordene Kapital kann nicht nur die Arbeitsprozesse kontrollieren, sondern verspricht auch über das Konsumprodukt »allgemeine Konsumwohlfahrt« Sinn und individuelles Glück. Dieser strukturellen Entmachtung der Arbeit entspricht die politische Entmachtung der Gewerkschaften, welche die technisch-rationale und »konsumwohlfahrtliche Logik« und die gesellschaftliche Autorität des industriellen Prozesses – so Ford – nur noch störten.

Nun treffen wir aber im Deutschland der 1920er Jahre auf einen in Entwicklung begriffenen Sozialstaat und auf aus den historischen sozialen Bewegungen hervorgegangene Gewerkschaften als inkorporierte und institutionalisierte Träger der sozialen Idee. Beides war in dieser Stärke und Historizität in den USA nie vorhanden, und deshalb fand Ford dort für seinen Konsumkapitalismus auch ein denkbar offenes Terrain. Er selbst beklagt sich entsprechend über die deutschen Verhältnisse – vor allem die »industriefremden« Einflüsse der Gewerkschaften –, welche die Einrichtung eines Automobilwerkes nach Fordschem Muster in Deutschland in den 1920er Jahren verhindert hätten. Dennoch sind die Fordschen Ideen vermittelt in das europäische Industrie- und Sozialsystem eingedrungen. Das Faszinierende an dem Programm und seiner Praxis waren die bis dahin ungeahnten Möglichkeiten der Freisetzung der Produktivkräfte, was in Europa ein fast ungeteiltes positives Echo hervorrief. Der deutsche Ford-Übersetzer Theising schrieb im Vorwort zu Fords zweitem Buch (1926):

»Als im November 1923 die erste deutsche Ausgabe von Henry Ford ›Mein Leben und Werk‹ erschien, entfesselte dieses Buch in der gesamten Presse eine so erregte Diskussion, wie noch selten ein Werk. [...] Das Seltsame war, daß diese Verschiedenheit in der Beurteilung nicht der Verschiedenheit der Parteirichtungen entsprach. Man konnte gleich begeisterte Zustimmungen in der ganz rechtsstehenden wie in der ganz linken Presse lesen.« (Theising in Ford 1926: VI)

Dieser Enthusiasmus bezog sich aber vor allem auf das Prinzip und den Mythos Ford und weniger auf den real existierenden Fordismus, der bei zunehmender Konkurrenz in den 1920er Jahren vom Hochlohnprinzip abrückte, die Gewerkschaften zerschlug und die Arbeiter in eine immer roboterhaftere organisierte Fließbandarbeit zwang (vgl. dazu Fehl 1995). Wenn man allerdings bedenkt, dass die damalige Sowjetunion in der Fordschen Produktionsorganisation die Möglichkeit sah, die von Marx hervorgehobene schöpferische Kraft der technischen Produktivkräfte freizusetzen (und natürlich in einem nichtkapitalistischen Gesellschaftssystem sich entfalten zu lassen), dann wird einem die epochale Konvergenz des Phänomens Ford vor Augen geführt: Der Kapitalismus sah darin seinen Sieg über die soziale Idee. Für den Kommunismus war der Fordismus im Gegenteil das Mittel, um den Sozialismus ökonomisch und sozial zu beschleunigen.

Der Fordismus hat sich in den 1920er Jahren in Deutschland nur zögernd durchgesetzt. Bezeichnenderweise kam er erst im deutschen Faschismus stärker zum Tragen. Hier zeigte sich auch die Verfänglichkeit seiner ökonomischen Moral: Sie war offen für alle Definitionen der Wohlfahrt, solange sie Massenproduktion und Massenkonsum förderten. Sie ermangelte eben der Rückbindung an das Freiheits- und Demokratieverständnis der sozialen Idee und war somit politisch korrumpierbar. Der nationalsozialistische Staat verstand es zudem, zwei Instrumente, die sich nach der Fordschen Ideologie ausschlossen, miteinander zu verbinden: Einmal Massenproduktion/Massenkonsum, zum anderen eine aktive staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik, um die sozialen Ausgrenzungstendenzen, welche dem Fordschen Modell inhärent sind, im Interesse der »nationalen Integration« zu mindern. Der totalitäre Staat fand in der Orientierung an der allgemeinen Hebung des Lebensstandards und des Konsumniveaus eine praktische Ideologie zur Demonstration seines »Gemeinwohlcharakters«.

So lassen sich die eigentlichen Auswirkungen des Fordismus für die deutsche Sozialpolitik erst in der Bundesrepublik der 1950er Jahre im nun erweiterten Kräfteverhältnis zwischen demokratischem Staat, Kapital und sozialer Idee/Gewerkschaften in ihrer historischen Tragweite ausmachen. Dabei sind folgende Aspekte von Bedeutung:

- Der Staat muss sowohl Sozialpolitik als auch Industriepolitik betreiben. Er muss als demokratischer Staat um seiner sozialen Integration und Legitimation willen sowohl den Massenkonsum fördern, als auch soziale Ausgrenzungen ständig durch aktive Sozial- und Beschäftigungspolitik zu verhindern versuchen. In der Bildungspolitik sind dabei die industriell- und sozialpolitischen Funktionen eigenartig und ambivalent verschränkt. Allgemeine und qualifizierende Bildung wird zur Reproduktion der Produktionsstrukturen gebraucht, zugleich können sich aber gerade über die

Bildungsprozesse weitergehende Bedürfnisse nach demokratischer Partizipation und sozialer Aktion entwickeln (soziale Bewegungen), welche die fordistisch gemeinte Reproduktionsfunktion des Staates deutlich übersteigen und so die soziale Idee gleichsam unverhofft von der sozialstaatlichen Seite her wieder ins politische Spiel bringen.

- Die soziale Idee und die sie verkörpernden Gewerkschaften sind ihres gesellschaftspolitischen Gehalts zunehmend entleert und auf Tarifpolitik als Funktion der fordistischen Lohnpolitik reduziert. In Deutschland bleibt ihre staatspolitische Macht eher durch die Bündnisse mit der Sozialdemokratie und den sozialen Gruppierungen innerhalb der anderen Parteien erhalten. Erst mit der drohenden Verdrängung der Arbeit in der postfordistischen Periode steigt das politische Ansehen der Gewerkschaften wieder.
- Die fordistische Gesellschaftsentwicklung fördert den ihrer Produktions- und Konsumlogik entsprechenden Prozess der *Individualisierung*, der im Heimannschen Modell noch nicht erkannt ist. Heimann geht (implizit) noch von einer relativ geschlossenen, milieugestützten Klassengesellschaft aus. Dieser gesellschaftliche Individualisierungsprozess, der mit zunehmender Intensivierung seit den 1980er und 1990er Jahren eine Individualisierung und Privatisierung der sozialen Chancen und Risiken mit sich bringt, stärkt die Hegemonialmacht des Kapitals weiter.

INTEGRATIONSBALANCE UND LEGITIMATIONSKRISE – DER SOZIALSTAAT

Die Individualisierung und Privatisierung der Lebensverhältnisse und damit auch der Beziehungen zu Arbeit und Staat, die zunehmende Entwertung der Massennarbeit durch ihre technologische Substitution und schließlich die diesen Prozess verschärfende Internationalisierung der Produktion und Auslagerung der Arbeit in Billiglohnländer führt am Ende des 20. Jahrhunderts schließlich zur Erosion des Kräftedreiecks Wohlfahrtsstaat – Kapital – soziale Idee, wie wir es aus Heimanns sozialer Theorie des Kapitalismus hergeleitet haben. Die postfordistische Szene der Sozialpolitik entwickelt sich national und international unübersichtlich. Die nationale Sozialpolitik wird zwar immer noch von einem beschäftigungspolitisch starken und für die soziale Sicherheit unentbehrlichen Sozialstaat getragen, ist aber durch das in seiner Internationalität der heimischen Kontrolle entzogene Finanzkapital nicht mehr national autonom. Eine Weltsozialpolitik, in der sich das sozialkapitalistische Dreieck nun wieder international neu konstituieren würde, ist nicht in Sicht.

Mit der endgültigen Etablierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates nach dem Zweiten Weltkrieg – prägnant in der Bundesrepublik Deutschland – rückt der Sozialstaats-

kompromiss in den Mittelpunkt der Sozialpolitik. Die sozialpolitische Dialektik verliert ihre Bewegungsdynamik und weicht dem institutionalisierten Komplex einer regulativen Staatstätigkeit, die beide Seiten des ökonomisch-gesellschaftlichen Konflikts bedienen und befrieden muss. Der nationale Interventionsstaat muss gleichzeitig die infrastrukturellen Bedingungen des ökonomischen Wachstums wie die der sozialen Sicherung und Wohlfahrt der Menschen schaffen können. Er ist nun Institution der Vermittlung im Spannungsfeld der gegenseitigen Abhängigkeit von Kapitalismus und sozialer Idee. Der sozialpolitische Grundkonflikt geht im Sozialstaatskompromiss auf, im Tarifkonflikt Gewerkschaften/Arbeitgeber scheint er noch durch. Die Hintergrundstruktur der gegenseitigen Angewiesenheit von Kapital und Arbeit ist nun in den Sozialstaat eingebettet, der auch die sozialen Konflikte anzieht.

Jürgen Habermas (1973) hat die Gesellschaftsformation, die mit dieser neuen Entwicklungsstufe der Staatstätigkeit verbunden und für die westdeutsche Bundesrepublik charakteristisch ist, mit dem Begriff des »staatlich geregelten Kapitalismus« umschrieben.

»Der Ausdruck ›organisierter‹ oder ›staatlich geregelter‹ Kapitalismus bezieht sich auf zwei Klassen von Phänomenen, die beide auf den fortgeschrittenen Stand des Akkumulationsprozesses zurückgeführt werden können: einerseits auf den Konzentrationsprozeß der Unternehmen [...] und die Organisation der Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte; andererseits darauf, daß der interventionistische Staat in die wachsenden Funktionslücken des Marktes einspringt.« (Habermas 1973: 51)

Machtzuwachs und Krisenanfälligkeit gleichermaßen bestimmten nun diesen Interventionsstaat neuen Typs. Denn der Staat in Deutschland ist auch Sozialstaat. Damit ist die Spannung des Gegensatzes zwischen Ökonomie und Sozialem wie ihre gegenseitige Angewiesenheit in Deutschland besonders über den Staat definiert. Dieser ist in der Form des staatlich geregelten Kapitalismus zum einen mit der Wirtschaft verflochten, zum anderen aber über den Sozialstaatskompromiss verfassungsgemäß an das Soziale gebunden.

Im Kontrast zum Begriff des Wohlfahrtsstaats (»welfare state«), der zwar international gebräuchlich ist, sich aber eher auf die übergeordnete staatliche Organisation sozialer Dienste bezieht, meint »Sozialstaat« im deutschen Sinne ein Staatskonzept mit einem entsprechenden Staatsziel (vgl. Kaufmann 2003: 184). Dementsprechend ist in Deutschland der Sozialstaat im Grundgesetz verankert und steht damit über den jeweiligen Richtungen und Institutionen der Sozialpolitik. Kaufmann spricht in diesem Zusammenhang von einer deutschen Entwicklungstradition der »Dialektik von Staat und Gesellschaft« und hebt ihre Besonderheit heraus: »Die deutsche Tradition des sozialpolitischen Denkens unterscheidet sich von der angelsächsischen vor allem durch eine stärkere Betonung kollektiver Funktionen der Sozialpolitik, während angel-

sächsische Legitimationen sich vornehmlich durch Argumente individueller Wohlfahrt [...] legitimieren.« (Ebd.: 182) Hier ist auch die immer wiederkehrende Forderung, dass der Sozialstaat »Teil einer sozialen Gesellschaft« werden müsse, einzuordnen (Badura/Gross 1976: 306). Sie verweist auf die lebensweltliche Einbettung wie die gesellschaftliche Integrationskraft eines Sozialstaats, der mehr als nur eine politisch-administrative Apparatur sein soll. Ähnlich gelagert ist die Perspektive einer »kollektiven Identität« (Evers/Novotny 1987), die über die Sozialstaatlichkeit vermittelt sei. Diese Einschätzungen stützen unsere Definition des Sozialpolitischen Prinzips als zentrales Vergesellschaftungsprinzip.

Wirtschafts- und Sozialbindung müssen in der sozialstaatlichen Politik in ein – freilich konflikthafte und damit krisenanfälliges – Verhältnis zueinander gebracht werden. Im Ergebnis erscheint der deutsche Sozialstaat nun als Kristallisationspunkt und Adressat nahezu aller gesellschaftlichen Ansprüche und damit als Anziehungspunkt der zentralen sozialökonomischen Konflikte. Die immer wiederkehrende Krise des Kapitalismus ist so zur immer wiederkehrenden Sozialstaatskrise geworden. Man kann dies – angelehnt an Habermas (1973) – mit dem Begriff der »Legitimationskrise« umschreiben. Der spätkapitalistische Sozialstaat demokratischen Typs muss nicht nur das Funktionieren der gesellschaftlichen Ordnung gewährleisten und die Rahmenbedingungen der ökonomischen Entwicklung sichern (Systemintegration). Er muss zugleich dafür sorgen, dass für die Bürger soziale Sicherheit erreichbar und mehrheitliche Zustimmung zur staatlichen Politik als Massenloyalität erhaltbar ist (Sozialintegration). Er muss deshalb bemüht sein, eine »Integrationsbalance« herzustellen. Diese ist bedroht, wenn die systemintegrative und die sozialintegrative Perspektive auseinanderdriften, wie dies seit Ausgang des 20. Jahrhunderts angesichts der Dynamik der ökonomisch-technologischen Globalisierung und der damit verbundenen Krise der nationalen Arbeitsgesellschaften der Fall ist. In der Sprache des Heimannschen Modells scheint die gegenseitige Angewiesenheit von Ökonomie und Sozialem, die der Sozialstaat vermittelt, nicht mehr hinreichend gegeben, um das Sozialpolitische Prinzip wirkmächtig zu halten. Das technologisch vorangetriebene Wachstum einer in zentralen Bereichen globalisierten Ökonomie lässt zwar das Sozialprodukt steigen, gleichzeitig verstetigt aber auch Arbeitslosigkeit in den nationalen Gesellschaften. Es entstehen immer wieder neue Zonen prekärer Beschäftigung. Dies bedroht wiederum die soziale Integration. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr gebraucht, der Erfolg von Bildungs- und Qualifikationsanstrengungen ist für den Einzelnen ungewiss geworden, das Vertrauen in die aktuelle und vor allem zukünftige soziale Sicherheit schwindet. Noch hat der deutsche Sozialstaat einen epochalen, über Generationen weitergegebenen Vertrauensbonus, der die für die Integrationsbalance notwendige Massenloyalität nicht grundlegend gefährdet. Dennoch gibt es seit den 1990er Jahren bemerkenswerte Einbrüche, die sich

vor allem auch in antidemokratischen Manifestationen wachsender Minderheiten (Anstieg eines rechtspopulistischen bis rechtsextremen Wählerpotenzials, Verbreitung rassistischer Gruppendelikte) äußern.

GLOBALISIERUNG UND ENTBETTUNG – DIE ENTGRENZUNG DER SOZIALPOLITIK

Der Prozess der Globalisierung hat das vormals nationalstaatlich gebundene Modell der Sozialpolitik entgrenzt. Das Kapital hat sich dem System der gegenseitigen Abhängigkeit aus der sich die Dialektik des Sozialpolitischen Prinzips begründet, entzogen, ist gleichsam in eine eigene zweite Welt abgewandert. Sowohl die multiple Verfügbarkeit als »vagabundierendes«, überall einsetzbares Investitionskapital als auch eine eigene Zirkulations- und Spekulationslogik machen die Eigenständigkeit des internationalen Geldmarktes aus. Wertschöpfung und Gewinnmaximierung sind nicht mehr nur auf die realen Produktionsvorgänge, sondern genauso und zunehmend auf Anlage- und Renditespekulationen ausgerichtet. Diese entziehen sich nicht nur den Handlungsmöglichkeiten, sondern auch den Vorstellungswelten der Menschen. Der soziale Konflikt scheint nicht mehr greifbar, scheint abstrakt geworden zu sein. Dennoch lassen sich Strukturen des Aufeinander-Angewiesenseins erkennen. Spätestens bei den internationalen Finanzkrisen der 2000er Jahre, in denen sich die nationalen Sozialstaaten als Barrieren erwiesen haben, wurde deutlich, wie sehr auch der globalisierte Kapitalismus auf sozialstaatliche Strukturen angewiesen ist.

Die auf das Soziale zurückschlagende Problematik der Globalisierung lässt sich wie folgt charakterisieren: Mit seiner tendenziellen Verselbständigung gegenüber den Produktionsstrukturen führt nun das Geldkapital ein Eigenleben, es wird aus den Gesellschaften »entbunden« (Altwater/Mahnkopf 1998). Gleichzeitig richtet sich der Teil der Investitions- und Produktionstätigkeit, der international orientiert und verflochten ist, zunehmend nach den globalen Geldströmen und weniger nach den sozialen und kulturellen Traditionen und Bindungen. Angesichts dieser *sozialen Entbettung* der Ökonomie, der damit einhergehenden Abstraktion der Arbeit von sozialen Bindungen und der Ortlosigkeit einer globalen Kapitalzirkulation wird von einem *digitalen Kapitalismus* gesprochen. Der Begriff »digital« verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass durch die nahezu unendlichen Verbindungsmöglichkeiten von mikroelektronischer Technologie und weltweiten Kapitalbewegungen eine neue hegemoniale Struktur ständig wechselnder, sich aber letztlich weltweit vernetzender ökonomischer Machtpunkte entstanden ist, welche die nationalpolitischen Machtblöcke zunehmend durchdringt und entsprechend brüchig werden lässt. Insgesamt ist die Ökonomie im digitalen Kapitalismus durch abstrakte globale Vernetzungen charakterisiert. Grundlegend ist diese Vernet-

zungsstruktur durch die Öffnung und Ausdehnung des Welthandels (Freihandels), den Bedeutungszuwachs transnationaler Konzerne und internationaler Kapitalverflechtung, die fortschreitende Internationalisierung der Produktionsstätten sowie eine grenzenlose Mobilität des Kapitals geprägt. Die kapitalistische Wirtschaft hat zwar schon immer international agiert, die heutige Globalisierung stellt aber demgegenüber ein qualitativ neues Phänomen dar, da sich auf der informationstechnologischen Basis eine Internationalisierung des investiven und spekulativen Kapitaleinsatzes mit überstaatlichen Regulativen (»Börsenkapitalismus«) entwickelt hat. Ökonomische Standortentscheidungen und ihre sozialen Folgen werden im weltweit inszenierten Wettbewerb der Unternehmen, Regionen und Kommunen ohne Rücksicht auf regionale Verhältnisse getroffen. Die Bedeutung des Sozialstaats bemisst sich in diesem globalen Spiel immer weniger an seiner Wohlfahrtsfunktion, als vielmehr an seiner Standort- und Wettbewerbsfähigkeit (»Wettbewerbsstaat«).

Längst wird weltweit darüber diskutiert, wie man überhaupt noch eine Verbindung zu dieser entbetteten Welt herstellen kann, um Einfluss nehmen zu können. Denn es geht hier nicht mehr um neue technologische Modelle der Regulierung der globalen Ströme, sondern um Macht, um die eklatante Verschiebung eines Machtverhältnisses zu Lasten der sozialen Entwicklungen im weltweiten Maßstab. Der Sozialstaat, der den sozialen Zusammenhang, die *soziale Integration* einer Gesellschaft sichern wie gestalten soll, sieht sich mit Desintegrationsdynamiken konfrontiert, in sozialpolitische Zwangskonstellationen getrieben, in denen soziale Gestaltung kaum mehr möglich erscheint. Die prekäre Balance zwischen Kapital und sozialer Idee im Sozialpolitischen Prinzip, vor deren Hintergrund jahrzehntelang eine tendenziell gestaltungsorientierte Sozialpolitik möglich war und sich so etwas wie eine *kollektive Identität sozialstaatlichen Gesichertseins* in der Bevölkerung entwickeln konnte, ist kaum mehr gegeben. Das Kapital ist nicht länger auf die Ausschöpfung der im nationalgesellschaftlichen Rahmen verfügbaren Arbeitskraft angewiesen. Arbeit, auch qualifizierte Arbeit, kann weltweit ausgelagert werden. Der globalwirtschaftliche Verdrängungswettbewerb beschleunigt die Entwicklung neuer Produktionstechnologien, die Arbeit ersetzen, neue Arbeit aber nicht im alten – zumindest nicht im sozialstaatlich gesicherten – Umfang schaffen können. Die Produktivität der Volkswirtschaften steigt, die Arbeit – so das *Wachstumsparadox* – aber stagniert. Und: Die Menschen haben sich bedingungslos der Logik des Kapitals, das sich der Arbeit selbstmächtig entziehen kann, anpassen.

Soziale Ungleichheit wird inzwischen ökonomisch so umgedeutet, dass sie als dynamischer Faktor der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung, als »Antriebskraft des ökonomischen Wettbewerbs« erscheint. Dies wird erhöht durch eine »Shareholder-Mentalität«, die in ihrer Werterhaltung quer zu dem liegt, worauf man sich im Sozialdiskurs beruft. Je mehr die Unterneh-

menslandschaft durch Aktionäre und Fonds geprägt ist, die keinen Bezug zu den Unternehmen und ihrem sozialen Umfeld haben, desto stärker rückt die abstrakte Gewinnorientierung in den Vordergrund. Wenn dann Unternehmen rationalisieren und Arbeit auslagern, Arbeitskräfte »freisetzen«, steigt ihre Gewinnerwartung und Bewertung an der Börse. In diesen Sog sind inzwischen auch die mittleren Betriebe ohne Börsennotierung geraten, wenn sie als Zulieferer oder Konsumbranchen im Abhängigkeitskreis der großen Unternehmen stehen. Arbeitnehmer werden so zu Kostenfaktoren, die permanent unter Kostendruck stehen und deren Freisetzung – Arbeitslosigkeit – ökonomisch entsprechend positiv bewertet wird. Dass sie dem Sozialstaat anheimfallen, interessiert den Markt nicht. Was sozialpolitisch als sozialer Skandal empfunden wird, wird im ökonomischen Diskurs als ebenso marktgerechter wie innovativer Vorgang gefeiert.

Mit dieser Spaltung der Werte geht eine soziale Spaltung einher, die in ihrer Struktur und ihrem Ausmaß eine historisch neue Qualität angenommen hat. Denn Armut und Reichtum differenzieren sich nicht mehr auf demselben Markt aus, sondern entwickeln sich in voneinander getrennten Marktwelten. Wenn sich der neue Reichtum über die global agierenden und verflochtenen Finanzmärkte scheinbar grenzenlos entwickelt, stehen die regionalen Arbeitsmärkte und sozialen Sicherungssysteme so unter Druck, dass sie relative wie absolute Armut zwangsläufig mehr erzeugen, als sie sie zurückdrängen können. Da aber dieser Reichtum der Wenigen in einer Welt expandiert, die dem Alltagsverständnis der Durchschnittsbürger entzogen ist, muss er diesen gegenüber nicht legitimiert werden. Das bedeutet aber, dass er außerhalb des kritischen Kraftfeldes der sozialen Idee sich weiter entwickeln kann.

Die Dynamik dieser zwei Welten der Globalisierung scheint die Wirkmächtigkeit des Sozialpolitischen Prinzips auszuhöhlen. Nicht nur der sozialen Idee scheinen die Angriffspunkte entzogen. Die Grundstruktur der gegenseitigen Angewiesenheit, wie wir sie aus dem Heimannschen und später sozialstaatlichen Modell kennen, droht sich aufzulösen. Und zwar in dem Maße, in dem sich der globalisierte Kapitalismus die von ihm benötigte Arbeitskraft außerhalb der nationalstaatlichen Gesellschaft suchen und sich den sozialen Konfliktsphären entziehen kann. Die sozialpolitische Konfliktstruktur hat sich also wesentlich verändert. Der ökonomisch-soziale Grundkonflikt ist aber damit nicht aus der Welt, sondern nur verdeckt, entgrenzt, zersplittert oder verschoben.

DER EPOCHALE CHARAKTER DES SOZIALEN KONFLIKTS

Der soziale Konflikt ist Voraussetzung für das Wirken des Sozialpolitischen Prinzips. Über den Konflikt wird die integrative Hintergrundstruktur des Aufeinander-Angewiesenseins freigesetzt und damit sichtbar. Diese integrative Qualität erhält der Konflikt vor allem aus der ihm innewohnenden Dialektik, die das Sozialpolitische Prinzip speist. Schon Georg Simmel hat diese dialektische Spannung des Konflikts als »eine Synthese von Elementen [...], ein Gegeneinander, das mit dem Füreinander unter einen höheren Begriff gehört« (1908: 247) beschrieben. Integration durch Konflikt bedeutet aber nun nicht, dass – gleichsam als Resultat – gesellschaftliche Harmonie eingeleitet sein muss. Vielmehr ist hier unter Integration ein Zustand zu verstehen, der in der Regel dadurch gekennzeichnet ist, dass grundlegende Gemeinsamkeiten – wie in unserem Zusammenhang die gegenseitige Angewiesenheit – deutlich, Interessengegensätze aber nicht aus der Welt geschafft werden. Sie sind – eben im Sinne der Dialektik – weiter vorhanden, aber so in einem übergreifenden Zusammenhang eingebunden, dass nicht ihre Gegensätzlichkeit, sondern das Prinzip des Aufeinander-Angewiesenseins gesellschaftlich wirksam wird.

Wenn wir in unserem Zusammenhang den Begriff des sozialen Konflikts als Grundkonstellation des Sozialpolitischen Prinzips gebrauchen, so meinen wir nicht einfach situative Konflikte, sondern den epochalen Charakter des Konflikts. Arbeiter-, Frauen- und Ökologiebewegungen als Träger des Konflikts sind nicht über Nacht über die Gesellschaft gekommen, sondern haben sich in einem jahrzehntelangen Prozess entwickelt, sind so in den Modernisierungsprozess der demokratischen Gesellschaft eingegangen und haben die sozialstaatliche Kultur erweitert. Der soziale Konflikt stellt also eine epochale Strukturierung der demokratisch-sozialstaatlichen Gesellschaft dar, auf die die jeweiligen situativen sozialen Konflikte rückbeziehbar sind. Wir können den sozialen Konflikt in diesem Sinne auch als ein »principium medium« der (Ersten wie Zweiten) Moderne verstehen. Karl Mannheim hat diese Begrifflichkeit für die historisch-soziologische Analyse entwickelt. Mit ihr lassen sich historische Pfade und Magnetfelder der Entwicklung einer Gesellschaft bestimmen. »Principia media« erfassen epochale Grundmuster, die so viel Ausstrahlungskraft haben, dass sie unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche – Ökonomie, Soziales, Politik, Kultur – durchdringen. In ihnen lassen sich Entwicklungen bündeln, Vergangenes und Gegenwärtiges aufeinander beziehen. Es sind also epochal spezifische, über einen entwicklungshistorisch kennzeichenbaren Zeitraum wirkende Strukturierungen, welche die Gesellschaftsentwicklung bis in die Sozialisation der Gesellschaftsmitglieder hinein beeinflussen (vgl. Mannheim 1935: 138 f.).

Der neoliberale Diskurs hat sowohl zur Abwertung des Konflikts in ökonomisch-politischen Diskussionen (»Bedenkenträger«) als auch in der Alltagswelt (»Mithaltenmüssen«) geführt. Konflikte gelten nun oft als »problemzeugend«, werden gemieden oder verdrängt. In diesem Prozess der

Entgesellschaftung des sozialen Konflikts im digitalen Kapitalismus ist nun ein neues Medium aufgetaucht, gleichsam freigesetzt worden, in dem sich gesellschaftliche Konfliktaustragung – auch ohne entsprechenden gesellschaftlichen Raum – symbolisieren soll: die *ethischen Codes*. Sie werden über Experten ausgehandelt, es wird nicht mehr gefragt, wie sich Konflikte im Sozialen entwickeln, sondern es werden Grenzen jenseits des Sozialen gesetzt. Egal wie sich soziale Probleme entwickeln, wie asymmetrische Macht- und Durchsetzungsstrukturen entstehen, solange die »correctness« gewahrt wird, bestimmte Grenzen nicht überschritten werden, bedarf es keiner gesellschaftlichen Intervention. Werden aber *Codes* verletzt, dann kann man intervenieren, glaubt eindeutige Ansatzpunkte zu haben, die von Kommissionen gesetzt sind.

Ethische Codes gab es auch schon in der ständischen Gesellschaft. Der patrimoniale Zug, der sich immer wieder in die Praxis bürgergesellschaftlicher Stiftungen und Projekte einschleicht, und die *Codes* passen in dieser Hinsicht zusammen. In *ethischen Codes* wird meist versucht – ganz im Sinne der bürgergesellschaftlichen Ethik – Individualrechte und Menschenrechte miteinander zu verbinden. Der gesellschaftliche Zwischenraum, in dem sich die Bedingungen für die Wahrung der Menschenrechte und der Würde des Menschen konstituieren, wird übergangen. Die *ethischen Codes* sind dann die einzige Möglichkeit einer Gesellschaft, den Machtapparaten und Regulationsinstanzen Mindeststandards abzutrotzen. Es gilt das Argument, nun aber im konfliktfreien Raum. Damit ist das Politische – dem ja der Konflikt innewohnt – herausgenommen. Die Welt der Kommissionen droht die sozialpolitische Welt des Konflikts zu überformen.

Daneben erleben wir eine Tendenz zur *Verräumlichung sozialer Konflikte*. Es gab sicherlich noch nie eine so große Zahl lokaler und regionaler Initiativen und Kampagnen wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Globalisierung. Es hat sich eine eigenartige, aber typische Dialektik entwickelt: Die Globalisierung mit ihren Entgrenzungs- und Entbettungstendenzen setzt lokale und regionale Suchen nach Halt, Abgrenzung und sozial rückversichernder Identität frei. Dabei entstehen neue Mischungen von Anpassung und Widerstand, entziehen sich soziale Probleme nun als *Lebensthemen* ihrem vormals sozialstaatlichen Definitionsrahmen. Weil die Filter des nationalen Sozialstaats schwächer geworden sind und die Krisen ihre Strahlen ungefiltert aussenden, werden die Betroffenheiten und Befindlichkeiten der Menschen existenziell. Sie wollen sie auch existenziell behandelt wissen. Sozialstaatliche Versicherung und sozialpolitische Vermittlung erscheinen plötzlich vielen als Beschwichtigung, direkte Wege werden gesucht, auch populistische Kampagnen erscheinen nun attraktiv. Der lokale Raum, der Grenze und Gewissheit verspricht, wird zum Schauplatz von Identitätskämpfen wie von Rückzügen.

Die rechtspopulistischen bis rechtsextremen Bewegungen haben diese Dialektik intuitiv erfasst, sie sind von ihr gleichsam hochgeschwemmt worden. Eine

neue Mischung ist entstanden. Zwei scheinbar unvereinbare Strömungen – die antikapitalistische und die rechtsextrem-rassistische – finden sich im Sog der Abwehr der Globalisierung zusammen. Im Aufkommen solcher neuen rechtsextremen Bewegungen kann man deshalb auch die strukturelle Dynamik der Dialektik von Globalität und Regionalität herausarbeiten. Dass es nicht nur der stärker regional orientierte Mittelstand der Handwerker, Händler und Kleinunternehmer ist, der in Deutschland, Österreich, Italien oder Frankreich rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien hinterherläuft, sondern dass auch die Arbeiter offensichtlich den Rechten zuströmen, ist eine dieser scheinbar paradoxen Globalisierungsfolgen. Der digitale Kapitalismus mit seinen sozialen Entbettungstendenzen, der Wegrationalisierung von Arbeit und der globalen Auslagerung der Produktion setzt politische und kulturelle Strömungen frei, die nur auf den ersten Blick als Paradoxien erscheinen mögen: Der abstrakte und undurchschaubare Prozess des scheinbaren Verschwindens der Arbeit vor Ort im Zuge von Rationalisierungsprozessen oder der Auslagerung in andere Länder und Kontinente bei gleichzeitig zunehmender Problematisierung Migration kann im Bild des »Ausländers, der uns die Arbeit wegnimmt«, heimisch verfügbar gemacht werden. Die anomische Konstellation, die viele an einer Gesellschaft und ihrem Staat zweifeln lässt, die Arbeit zum höchsten gesellschaftlichen Ziel und Gut erklärt, aber Millionen von Menschen, die arbeiten wollen, nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse verschaffen kann, kann so – zumindest mental – von den Betroffenen bewältigt werden. Die rechtspopulistischen bis rechtsextremen Bewegungen und Parteien bieten in diesem Zusammenhang Orientierungssicherheit, mehr als eben nur Protestmöglichkeiten in einer unübersichtlichen Situation an. Sie bekämpfen die Globalisierung und bedienen sich ihrer gleichermaßen.

Der kritische Globalisierungsdiskurs bietet damit einen Rahmen, in dem alte rechtspopulistische und antidemokratische Muster neu verortet und plausibilisiert werden können. Indem die Globalisierung zu einer offenkundigen regulativen Schwächung des Nationalstaates geführt hat, kann auch der alte rechtsautoritäre und rechtspopulistische Hang zur Verhöhnung und Überwindung des »Systems«, das jenseits des »direkten Volkswillens« repräsentativ agiert, in einen Plausibilitätsrahmen gebracht werden. Systemkritik, antikapitalistische Programmatik und Fremdenfeindlichkeit gehen so ineinander über. Zugleich begünstigt die Dynamik der Entbettung, die mit ökonomisch-technologischen Rationalisierungs- und Globalisierungsprozessen verbunden ist, regional-kulturelle, aber eben auch ethnozentristisch-rassistische Strömungen. Die Suche nach sozialbiografischer Verankerung in einer »fassbaren« und unmittelbar identitätssichernden Gemeinschaft nimmt zu, wenn die mittelbare Identitätssicherung angesichts der Bedrohung des Arbeitsplatzes geschwächt ist. Ethnozentristische bis rassistische Zugehörigkeiten, die gerade nach ihrer Ideologisierung durch den Faschismus als archaisch und überwunden galten, werden nun als Muster der Zugehörigkeit neu freigesetzt. Ihr repressiver Cha-

rakter tritt zurück, und verunsicherte Menschen sehen in ihnen gleichsam eine fortschrittlich-kritische Qualität gegenüber linearen ökonomisch-technischen Modernisierungs- und Rationalisierungsprogrammen. Was Globalisierungskritiker auf internationaler Ebene an Reflexion und Gegensteuerung einfordern, verblasst für viele in der Bevölkerung, weil ihnen die rechtspopulistischen Kritikmuster fassbar, am eigenen Leibe nachvollziehbar und über die lokale Gemeinschaft kommunizierbar sind. Der lokale Raum erscheint auch hier als Abwehr gegen die Globalisierung.

Dabei ist ein Kampf um die Räume entbrannt, ohne dass es das Gros der Bevölkerung merkt. Denn die rechtsextremistischen Gruppen arbeiten verdeckt, im Milieu des Alltäglichen, in das hinein sie ihre Beziehungen verflechten: in Jugendhäuser, Stammtische, Vereinsaktivitäten. Hin und wieder Gewaltdemonstrationen, um die Region in Atem und damit auch – von ihnen aus gesehen – in Bewegung zu halten. Die Bürgerdemonstrationen, die als Reaktionen auf rechtsextremistische Anschläge oder Aufmärsche organisiert werden, agitieren zwar räumlich, aber eben nur akzidentiell. Zudem geben sie den Rechtsextremen die subjektive Genugtuung, durch ihre Provokation so viele Leute auf die Straße gebracht zu haben. Anerkennung durch Erregung von Aufmerksamkeit. Das funktioniert auch hier. Deshalb ist es wesentlich sinnvoller – wenn auch politisch nicht so spektakulär –, den Rechtsextremismus im Alltag durch infrastrukturell nachhaltige sozialräumliche Manifestationen zurückzudrängen. Jugendhäuser, regionale Entwicklungsprojekte, öffentlich sichtbare Netzwerke und gemeinwesenoffene Schulen können lokale Räume demokratisch besetzen und ein antirassistisches Magnetfeld schaffen.

Aber auch Formen des sozialen Rückzugs, der Verhäuslichung, gehören in diese Szenerie, vor allem dann, wenn sie verbunden sind mit diffusen Gefühlen der sozialen Ohnmacht und Hilflosigkeit. Wenn diese nicht thematisiert werden können, geraten sie unter Abspaltungsdruck – die eigene Hilflosigkeit wird auf Schwächere projiziert. Rassistische Programme werden dann gerne als willkommene Medien der Projektion angenommen. Es sind die Bürger hinter den Gardinen, auf die sich rechtsextreme Gruppen wie populistische Führungspersonen gerne berufen, wenn sie sich stellvertretend für eine »schweigende Mehrheit« präsentieren.

Wenn wir den Kampf um die lokalen Räume in der Sogwirkung der Globalisierung an den Extrempunkten des extremistischen Raumgewinns und der schwelenden Verhäuslichung dargestellt haben, so wollten wir damit zeigen, wie sich die sozialräumlichen Magnetfelder »unter der Hand« verändern und in neuen sozialen Mischungen aufladen können. Dabei ist zu beachten, dass die bisher sozialstaatlich regulierten Räume nun von mehreren Einflussströmen durchzogen sind, die selbst ihre Magnetfelder ausbilden, die einander überschneiden, anziehen oder abstoßen können. So haben sich neue Magnetströme – sowohl global induziert wie aus der lokalen Tradition gespeist – um die sozial-

ökologische Kernfrage des »Lebenswerts« und der Erhaltung des »gemeinen Eigenen« des lokalen Raumes gebildet. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass die Globalisierung eine transnationale Kapitalisierung lokaler Räume in Gang gesetzt hat, sodass sich eine Scheidelinie zwischen »produktiven« und »unproduktiven« Zonen längst abzeichnet. Der regionale und internationale Standortwettbewerb treibt die Ökonomisierung des Raumes voran und greift auf das Soziale über. Dem muss ein regulativ geschwächter nationaler Sozialstaat folgen, der mitunter keine eigene soziale Gestaltungsperspektive mehr entwickeln kann und damit zwangsläufig in das Magnetfeld ökonomisch-technologischer Regulationslogik gerät.

Allerdings: Vor dem Hintergrund der empirisch rückbeziehbaren These der Dialektik von Globalem und Lokalem dürfte es kaum so weit kommen, dass der Globalisierungssog regionale Kulturen aufsaugt und überhaupt verschwinden lässt. Das Gegenteil ist ja immer wieder der Fall, denn es entwickeln sich lokale und regionale demokratische Gegenkulturen, die auch die sozialen Institutionen in ihr Magnetfeld ziehen können. Dabei können neue Aggregatsformen in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen räumlich gewandelten sozialen Problemen und darauf bezogenen sozialen Institutionen entstehen. »Alte« sozialstaatliche Regulationsmuster verschieben sich auf den Rahmen der Gewährleistung sozialer Hintergrundsicherheit, neue sozialräumliche Regulationskontexte entstehen von unten in lokalen »Spacings«, in denen sich Bindungen und Identitäten nun über sozialräumliche Bewusstwerdungsprozesse der Gemeinsamkeit formieren und die soziale Idee neu beleben. Eine solche Modellvorstellung hatte Richard Sennett bereits Ende der 1990er Jahre in seinem inzwischen zum Klassiker gewordenen Buch »Der flexible Mensch«, in dem er davon ausging, dass die lokale Gemeinde angesichts eines ortlosen Kapitalismus »die sozialen und persönlichen Dimensionen des Ortes« beschwören könne (1998: 189). Der Sozialstaat kann dabei weiter im Spiel bleiben. Richard Münch hat in seiner Arbeit »Globale Dynamik, lokale Lebenswelten« diesen Zusammenhang in den Vordergrund gestellt: »Sozialstaaten werden jetzt zu Mittlern zwischen globalen und regionalen Einheiten, müssen innere regionale und äußere globale Vielfalt bündeln. [...] Einerseits müssen sie Spielraum für regionale Vielfalt geben, andererseits die globale Vielfalt in sich repräsentieren können.« (1998: 37) Darin steckt auch die Hypothese, dass der digitale Kapitalismus in seiner selbstläufigen Entgrenzungs- und Entbettungsdynamik auf Begrenzungen und Rebetting angewiesen ist, will er sich nicht selbst zerstören. Deshalb braucht er diese sozialstaatliche Vermittlung. Hier scheint das Sozialpolitische Prinzip in seiner Grundstruktur doch wieder durch.

Hier ergibt sich auch ein Ansatzpunkt, wie sich der Sozialstaat vor dem Hintergrund der Angewiesenheit des globalisierten Kapitals auf diese Mediationsfunktion neu formieren kann. Der Sozialstaat wird – über die Gewährleistung sozialpolitischer Hintergrundsicherheit nach innen hinaus – neue Gestaltungs-

perspektiven der sozioökonomischen und kulturellen Mediatisierung entwickeln können. Die internationalen Finanzkrisen des beginnenden 21. Jahrhunderts haben diese regulative Notwendigkeit im sozialökonomischen Bereich freigesetzt. In den Bereichen der sozialen und kulturellen Gestaltung wird vor allem die transnationale Migrationsdynamik den Sozialstaat in jene pluralistische Formation zwingen, die Münch prognostiziert hat. Das Lokale muss jetzt nicht mehr gleichsam als Gegenwelt, die dem digitalen Kapitalismus äußerlich entgegensteht, gesehen werden, sondern ist im Kontext des nun erweiterten Sozialpolitischen Prinzips in den Gesamtzusammenhang der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung neu eingebunden.